

1. Jugend im öffentlichen Raum

-Freiräume für Jugendliche schaffen: Wir Freie Demokraten fordern mehr Treffpunkte für Jugendliche. Auch Jugendliche brauchen Orte, an denen sie für sich sein können. Für Kinder gibt es Spielplätze zum Treffen und Austoben, doch die Jugendlichen vermissen eigene Räume, an denen sie sich – egal ob drinnen oder draußen – treffen können. Daher sprechen wir uns dafür aus, dass beispielsweise seitens der Stadt- und Gemeindeverwaltung digitale Labs als Modellorte eingerichtet werden, an denen junge Menschen ihre digitalen Fähigkeiten ausprobieren können. Schulen und andere Gebäude, die nicht rund um die Uhr genutzt werden und am Wochenende, nachmittags oder abends zur Verfügung stehen, sollen als Bewegungsräume, Proberäume für Musizierende und Bands oder als Projekträume für junge Menschen leichter zur Verfügung gestellt werden. Queere Jugendzentren: dass bestehende Jugendfreizeiteinrichtungen gefördert und ausgebaut werden. Die Jugendfreizeiteinrichtungen sind integraler Bestandteil nachhaltiger Jugendarbeit. In Jugendfreizeiteinrichtungen sollen Jugendliche die Möglichkeit erhalten, ihre Fähigkeiten nach pädagogischer Anleitung zu entwickeln und zu lernen. Dies soll insbesondere digitale Fähigkeiten miteinschließen.

-Einbindung Jugendlicher in kommunale Arbeit: Wir Freie Demokraten fordern, dass Jugendliche stärker in die kommunale Arbeit eingebunden werden. Für die Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen ist es wichtig, dass sie auch lernen, Argumente für ihre Meinungen zu finden, zu vermitteln und auch demokratisch darüber diskutieren zu können. Wir setzen uns deshalb für eine Stärkung der demokratischen Jugendbildung ein, indem beispielsweise ein jährlicher stadtweiter Debattier-Wettbewerb ausgerichtet wird.

2. Politische Vertretung von/für Jugendliche

-Wir wollen der Zukunft eine Stimme geben und fordern ein Wahlrecht ab 16. Diesen jungen Menschen sollten die Wertschätzung erhalten, die sie verdienen. Dazu gehört die Anerkennung, dass sie zur fundamentalsten Form der politischen Willensbildung, der Wahl, fähig sind.

Konsequenzen politischer Entscheidungen werden auch immer von jungen und künftigen Generationen getragen. Sie sind es, welche die Folgen der Renten-, Finanz-, Digital- und Klimapolitik am stärksten treffen. Die Fehlentscheidungen von heute stellen sie vor die vollendeten Tatsachen von morgen. Da Jugendliche in der Politik bislang kaum repräsentiert werden, kann gerade eine Herabsetzung des Wahlalters zu einer sinnvollen Kurskorrektur der Parteipolitik und mehr Generationengerechtigkeit führen.

- Jugendlichen über aktuelle Fragestellungen rund um die Themen Schule, Jugendhilfe, Freizeitmöglichkeiten etc. diskutieren und gemeinsame Positionen erarbeiten, die sie dann gegenüber der Gemeinde vertreten. Dazu soll das Jugendparlament z. B. über das Rederecht im Jugend-, Freizeit-, Sport- und Kulturausschuss verfügen und sollte dann auch vom Gemeinderat gehört werden.

3) Politische Selbstbestimmung von Jugendlichen

-Wie allen Kommunalpolitikern steht ein Parteibüro zur Verfügung, das nach Absprache genutzt wird.

--Ein solches Jugendparlament sollte sicherlich mit einem kleinen, überschaubaren Budget versehen werden.

4) **Jugendverbände**

-Eine ausreichende Förderung ist notwendig, um nachhaltige und bedarfsgerechte Strukturen für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit zu schaffen.

-Eine Förderung kann ich mir durch eine Aufwertung der von Ehrenamtlichen geleisteten Arbeit vorstellen, mehr Berichte dazu und auch einer verbesserten steuerlichen Berücksichtigung der Aufwendungen für das Ehrenamt. Hinzu kommt die Förderung von Vereinen, in denen ja auch sehr viel Jugendarbeit geleistet wird

5) **Digitalisierung und Zukunft**

-Wir brauchen einen Bildungssprung: Kinder und Jugendliche sollen durch die Schule frühzeitig und kompetent zu einer souveränen und verantwortungsvollen Nutzung digitaler Medien befähigt werden. Dazu brauchen wir bundesweite, fächerübergreifende verbindliche Bildungsstandards zur digitalen Medienbildung und deren Verankerung in den Lehrplänen.

- -Wenn der Staat seine Schulpflicht nicht vor Ort gewährleisten kann, muss er leistungsfähige digitale Alternativen anbieten. Es muss natürlich dafür gesorgt werden, dass Kinder und Jugendliche über einen guten digitalen Unterricht auch von zu Hause aus unterrichtet werden können.

Alle Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler brauchen Zugang zu digitalen Lehr- und Lernmitteln. Zudem muss endlich eine Lösung über eine Mehrbedarfsregelung stattfinden, die in allen Kommunen sichergestellt, dass bedürftigen Schülern digitale Endgeräte zur Verfügung gestellt werden können. Wir fordern ein Programm, das auch sozial benachteiligte Kinder im Umgang mit digitalen Geräten und Lernplattformen fördert. Hierdurch soll die Teilhabe am digitalen Unterricht und die Nutzung von digitalen Geräten zur Bildung, auch in Zukunft, besser ermöglicht werden.